



Öffentlicher Dienst – zu viel gekürzt

In Duisburg gibt es Handlungsbedarf



von Erkan Kocalar
Bürgermeister und Mitglied im
Personal- und Verwaltungsausschuss

■ In den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dramatisch gesunken. Von 1991 bis 2010 sank die Zahl der Staatsbediensteten um ca. 30 Prozent, das sind etwa 1,6 Millionen Beschäftigte. Die Annahme der Mehrheit der politischen Parteien, dass Privatisierung das System stärke und ein hoher Staatsanteil das Wachstum hemme, führte zu einem Schrumpfungsprozess, der die Frage aufwirft, ob der öffentliche Dienst überhaupt noch den Bedarf an öffentlichen Gütern decken kann. Die Hans-Böckler-Stiftung hat sich intensiv damit beschäftigt und kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass ca. 100.000 Stellen fehlen, damit der Staat seine Aufgaben wahrnehmen kann.

Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst fiel auf der kommunalen Ebene mit 38 Prozent am massivsten aus. Die Privatisierung zahlreicher städtischer Kliniken war dabei ein zentraler Faktor. Darüber hinaus wurden insbesondere im Bereich der Sozialen Sicherung und im Bildungswesen viele Stellen gestrichen. Besorgniserregend ist die Verschlechterung der Altersstruktur der Beschäftigten. Der Verfasser der Studie kommt zu dem Ergebnis, dass schätzungsweise 140.000 Beschäf-

tigte jährlich in der nächsten Zeit in den Ruhestand gehen.

Gemessen an dem derzeitigen Stand besteht also in den kommenden Jahren ein hoher Ersatzbedarf im öffentlichen Dienst. Etwa 30 Prozent der ausscheidenden Beschäftigten sind im höheren Dienst, der in aller Regel eine akademische Ausbildung erfordert. Ohne frühzeitige Planung, ist dieser Bedarf kaum zu decken. Hinzu kommt, dass das Kinderförderungs-gesetz ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebens-jahres vorsieht. Rund ein Drittel der Kindertagesstätten werden von den Kommunen geführt, was schätzungs-weise einen zusätzlichen Bedarf von 16.000 Stellen bedeutet und bereits heute angezweifelt wird, dass entspre-chend ausgebildetes Personal zur Ver-fügung stehen wird.

In Duisburg stellt sich die beschriebene Situation wesentlich dramatischer dar. Die verschiedenen Streichkonzerte, die die Verwaltung bereits hinter sich hat, hat sichtbare und spürbare Auswirkungen auf die Beschäftigten und auf die BürgerInnen dieser Stadt.

So mussten bereits 2010 Schwimmbäder geschlossen werden und der Bibliotheksbus konnte seine regelmäßigen Routen nicht anfahren weil das Personal fehlte. In Hamborn geriet die Ausländerbehörde in die Öffentlichkeit, weil sie tagelang aus



file:///c:/chris/grahert

Personalnot telefonisch nicht erreichbar war. Eltern waren verunsichert, SchulleiterInnen in Sorge, als ca. 1.000 Kinder nicht rechtzeitig vor der Einschulung untersucht werden konnten. Im Gesundheitsamt fehlen Ärzte. Die Stellen können nicht besetzt werden, weil das Einkommen dort keinen Anreiz gibt.

Überlastungen und damit eine hohe Erkrankungsquote sind das Ergebnis der personellen Ausblutung einer Kommune, die, wie viele andere auch, unter einer zu geringen finanziellen Ausstattung leiden. In Duisburg werden in den nächsten zehn Jahren ca. 1.800 Beschäftigte altersbedingt aus dem

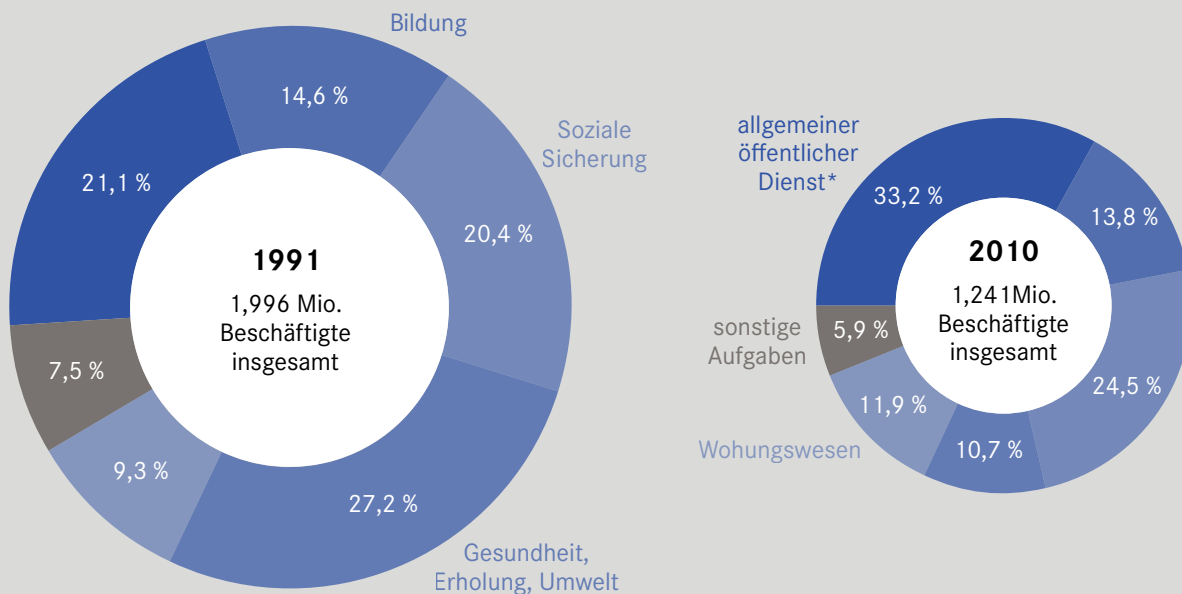
Dienst scheiden, das ist jeder dritte Beschäftigte. Die beschriebene Situation und die aufgeführten Beispiele zeigen deutlich, dass hier kurzfristig gehandelt und langfristig geplant werden muss. Weitere Stellenstreichungen darf es nicht mehr geben. Die Linksfraktion im Rat der Stadt Duisburg erwartet von der Verwaltung ein Personalentwicklungskonzept für den Zeitraum bis 2020. Es soll Planzahlen von Auszubildenden enthalten, die jährlich eingestellt und nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung übernommen werden. Wir wollen Angaben darüber, welche Aufgaben von den vorhandenen Mitarbeitern umgesetzt werden können und einen zeitlichen Ablauf darüber, wann und wo Mitarbeiterinnen aus dem Dienst ausscheiden.

Von einem Personalentwicklungskonzept erwarten wir Einschätzungen über den Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen und Angaben darüber, wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung umgesetzt und die demografische Entwicklung verbessert werden kann. Auch Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Gesundheit sollen aufgeführt werden.

Die Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass eine Aufstockung des öffentlichen Dienstes um 100.000 Vollzeitstellen mit zusätzlichen Kosten von 5,5 Milliarden Euro eine positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum hat. Allein die „institutionalisierte Kinderbetreuung, die für die Integration, Sozialisation und Ausbildung von Kindern unabdingbar ist, »ist förderlich für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.« Quelle: IMK Studie Nr. 25/2012

Gemeinden bauen über ein Drittel ihres Personals ab

Die kommunalen Beschäftigten arbeiten in den Bereichen ...



* u. a. politische Führung, Verwaltung. Quelle: Vesper 2012 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2012

Linksfraktion zahlt zurück

■ Die Duisburger Ratsfraktion der LINKEN zahlt für 2011 von den erhaltenen Fraktionszuschüssen 17.780 Euro an die Stadtkämmerei zurück. Insgesamt hatte die Linksfraktion rund 156.000 Euro erhalten. Mit dem Geld finanziert die Fraktion ihre Geschäftsstelle (Personal, Miete und Bürokosten). Die Linksfraktion hat sechs Ratsmandate und elf Bezirksvertreter. Dazu Hermann Dierkes, Vorsitzender der Linksfraktion: »Wir gehen sorgsam mit den uns zur Verfügung gestellten Steuergeldern um. Wie in den Vorjahren zahlen wir zurück, was wir nicht verbraucht haben und hoffen, dass dies nicht nur den Kämmerer unserer überschuldeten Stadt freut.«

Ladenöffnungszeiten

■ Die FDP versuchte im Duisburger Rat zu den Ladenöffnungszeiten verstaubte Debatten zu beleben. Mit äußerst mäßigem Erfolg. Thomas Keuer, Ratsmitglied der LINKEN verwies darauf, dass durch die längeren Öffnungszeiten nicht nur die Anzahl der prekären Jobs angestiegen ist, sondern dass es sich hier auch um eine mittelstandsfeindliche Forderung handele. Sinnvoll seien vielmehr verlässliche Einkaufszeiten. Außerdem erinnerte er daran, dass die FDP immer wieder vergesse, dass zur Liberalisierung der Öffnungszeiten auch der Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur gehöre, gegen die doch die FDP immer zu Felde ziehe.

Sanktionen auf Rekordniveau

■ Das Jobcenter Duisburg verhängt trotz vielfältiger Kritik in einem unverhältnismäßig hohen Ausmaß Sanktionen gegenüber Hartz-IV betroffenen Menschen. Mit 11.738 Sanktionen von Januar bis Oktober 2011 lag Duisburg z.B. doppelt so hoch bei Sanktionen wie vergleichbare Großstädte in NRW. Sanktionen sind repressive Instrumente und bringen keinen Arbeitsplatzmehr mehr. Der durchschnittliche Kürzungsbetrag bundesweit betrug 102,30 €, was dazu führt, dass die davon Betroffenen entweder ihre Stromkosten oder ihren ohnehin drastisch eingeschränkten Lebensbedarf nicht mehr bezahlen können. Das ist menschenunwürdig und gehört abgeschafft.



Gerhard Wehnert / pixelio.de

Probleme vor der Einschulung

Einschulungsuntersuchung für Schulanfänger muss gesichert werden



von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE, Duisburg

■ Ungeduld und Neugier überwiegen bei den künftigen »I-Dötzchen« die im Sommer 2012 in die Duisburger Grundschulen kommen und sich schon auf ihren ersten Schultag freuen. Hunderte Kinder im Alter von 6-7 Jahren werden in diesem Jahr in Duisburg eingeschult. Der sogenannte »Ernst des Lebens« beginnt für Eltern und Kinder im August 2012 und mit ihm auch

ein riesiges Duisburger Problem. Bis jetzt ist noch nicht geklärt, dass die Einschulungsuntersuchung der Kinder durchgeführt wird. Die Feststellung der Schulfähigkeit der künftigen GrundschülerInnen kann wegen unbesetzter Arztstellen im Gesundheitsamt nicht gesichert werden.

Die Ratsfraktion der Duisburger Linken hält diese Situation für nicht akzeptabel. Der jüngst veröffentlichte Bericht des NRW-Gesundheitsministeriums weist darauf hin, wie hoch die Zahl der gesundheitlichen Probleme

ist, die sowohl in den frühkindlichen Vorsorgeuntersuchungen als auch in der Einschulungsuntersuchung festgestellt wird. Sprach- und Sehstörungen, Hörprobleme und Beeinträchtigungen in der Mobilität können bei regelmäßiger medizinischer Betreuung von Kindern besser festgestellt und behandelt werden. Die Stadtverwaltung ist gefordert, schnellstmöglich die personellen Voraussetzungen zu schaffen, um für die neuen Schulanfänger eine medizinische Untersuchung zu sichern.

Kein Kind zurücklassen

Modellprojekt völlig unzureichend

von Martina Ammann

■ Völlig unzureichend zur Bekämpfung der Armut und keine Hilfe für von Hartz-IV betroffenen Kindern und Familien bezeichnet die Ratsfraktion DIE LINKE in Duisburg, das gemeinsame Modellprojekt der Landesregierung und der Bertelsmann-Stiftung »Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor«. Duisburg gehört zu den 18 beteiligten Modellkommunen. Die Kinderarmut ist in NRW den letzten Jahren massiv gewachsen: Über 18.000 Kinder leben derzeit in Duisburg von Hartz-IV. Auf diese verheerende Armutssituation bietet das Modellprojekt der SPD und Grünen geführten Landesregierung leider keine Antwort.

Statt den betroffenen Kindern direkt zu helfen, ist lediglich geplant, die lokalen Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe besser zu vernetzen. Dies ist nach Ansicht der Ratsfraktion aber völlig unzureichend, um Armut zu bekämpfen und den Kindern mehr Teilhabe zu ermöglichen. Dafür spreche auch die geringe Förderung, die

Duisburg durch seine Teilnahme am Modellprojekt erhalte. Mit maximal 64.000 Euro über drei Jahre lässt sich nicht mal eine zusätzliche Stelle im Jugendamt einrichten, geschweige denn ein kostenfreies Mittagessen organisieren. Statt immer neuer Modellprojekte brauchen wir auf Lan-

desebene eine unterstützende Sozialpolitik, die Kindern und Familien tatsächlich hilft und auch bei ihnen ankommt fordert DIE LINKE im Rat. Sie setzt sich daher für die Abschaffung des Eigenbeitrages zum Schul- und Kitaessen für bedürftige Kinder sowie kostenfreie Lernmaterialien ein.

Leitlinien zur integrativen Kommunalpolitik



Zuwanderung ist Realität
- Integration alternativlos

Leitlinien zur integrativen
Kommunalpolitik



Das aktuelle und detaillierte Programmpapier zu Fragen der Migration und Integration aus kommunalpolitischer Sicht.

Kostenlos zu beziehen

in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE,
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92
Telefax 02 03 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

Anzeige

Gescheiterte Integrationspolitik?

Zielvereinbarung zwischen dem Integrationsrat und dem Rat der Stadt Duisburg



von Ute Abraham
Geschäftsführerin der Ratsfraktion
DIE LINKE

■ In der letzten Ratssitzung wurden heftige Debatten um eine Zielvereinbarung zwischen dem Integrationsrat und dem Rat der Stadt Duisburg geführt. Mit dieser Zielvereinbarung sollte der ‚gemeinsame Wille zu einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit im Dienste einer vielfältigen und aufeinander zugehenden Stadtgesellschaft‘ bekräftigt werden. Dieses Ziel scheint zu scheitern.

Der Vorsitzende des Integrationsrats, Avci, warf den Kooperationsfraktionen SPD, Grünen und LINKEN vor, durch verschiedene Anträge in den Fachausschüssen und auf Bezirksebene sei die vom Integrationsrat vorgelegte Vereinbarung nur noch eine Farce und unannehmbar. Eine Auffassung, die auch vom CDU-Vertreter Dogan sowie Grün (DWG) geteilt wurde.

Bürgermeister Kocalar betonte für DIE LINKE hingegen, dass erstmalige, oft sehr intensive Diskussionen in den Fachausschüssen nicht nur die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Inhalten der Vereinbarung unter Beweis gestellt hat, sondern auch den Stellenwert der örtlichen Integrationspolitik erhöht. Die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge seien nur zu begrüßen.

Sein Ergebnis: »Die breite Diskussion war aufwendig, intensiv und richtig«. Ratsfrau Barbara Laakmann wies die Kritik am Änderungsantrag



S. Holschinger / pixelio.de

im Schulausschuss zurück: »Niemand will die Muttersprache herabmindern, nur wer seine Muttersprache beherrscht, hat gute Voraussetzungen für das Erlernen der deutschen Sprache. Aber muttersprachlicher Unterricht darf nicht gewissermaßen als Strafe nebenher laufen. Deswegen schlagen wir ihn optional als zweite Fremdsprache vor.«

Da die Sitzung des Integrationsrats, in der die Vereinbarung mit den Änderungen aus den Fachausschüs-

sen bereits abgelehnt wurde, nicht beschlussfähig war, könnte der Integrationsrat auch die Vereinbarung als ein neues Angebot betrachten und neu überdenken. Der Vereinbarungstext sollte nicht von der konservativen Mehrheit des Integrationsrats gegenüber dem Rat als unveränderbar dargestellt und ultimativ abgelehnt werden.

Die Zielvereinbarung wurde mit den Stimmen der Kooperationsfraktionen mehrheitlich angenommen.

Langzeitarbeitslose auf Abstellgleis

■ »Wer zu den sogenannten Langzeitarbeitslosen gehört, wird vom Jobcenter inzwischen nahezu entsorgt. Der aktuelle Arbeitsmarktbericht registriert für Duisburg bei den Hartz IV-Bezieherinnen 52,9 % Langzeitarbeitslose, Tendenz steigend. Wenn man an der ausschließlichen an den Interessen der Wirtschaft ausgerichteten »Arbeitsmarktpolitik« etwas ändern will, muss man das dahinter stehende System in Frage stellen. Was wir brauchen, ist eine radikale Orientierung auf die Schaffung sozialversicherter Arbeitsplätze. Alles andere ist Etikettenschwindel«, so Jürgen Aust, arbeitsmarktpolitischer Sprecher beim Landesvorstand der LINKEN NRW.

Bildungspaket: Viel Papier, wenig Inhalt

■ Das von der Bundesregierung hoch gelobte Bildungs- und Teilhabepaket wird auch ein Jahr nach seiner Einführung mit großer Kritik bedacht. Während man einerseits den Eindruck hat, das Sozialministerium von der Leyen am liebsten persönlich das Päckchen verteilen würde, bewertet der Paritätische in NRW das Ganze als Flopp. »Gebraucht hat es viel Bürokratie und Verunsicherung, aber keine echte Verbesserung der Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen,« so der Verband. Rund 31.000 Kinder und Jugendliche in Duisburg haben Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungspaket der Bundesregierung. Zuschüsse gibt es für Ausflüge und Klassenfahrten, Schulbedarf, Kosten für ein Mittagessen in der Schule, der Kindertagesstätte oder der Tagespflege, Teilnahme an Sport- und Kulturangeboten sowie Nachhilfeunterricht. Wahrgenommen werden diese Angebote jedoch lediglich von einem Drittel der Berechtigten. Das Jobcenter Duisburg hat nach eigenen Angaben inzwischen ein Sonderteam für die Anträge zum Bildungspaket betraut. »Wir mussten unsere MitarbeiterInnen erst entsprechend qualifizieren«, so der Geschäftsführer des Jobcenters. Eine Qualifizierung der Eltern, die sich mit dem Bürokratiemonster Bildungspaket beschäftigen müssen, gibt es leider nicht. Gegen Bürokratiemonster gibt es ein Rezept: Abschaffen und soziale Infrastrukturen aufbauen.

Beispiele von Änderungen

Präambel: Vorrangige Aufgabe des Integrationsrats ist es, die Interessen der gesamten Bevölkerungsgruppe mit Migrationsgeschichte wahrzunehmen, sie zur demokratischen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu motivieren und den praktischen Integrationsprozess zu verbessern. Der Integrationsrat der Stadt Duisburg setzt sich insbesondere für die Förderung der demokratischen Migrantenselbstorganisation (MSO), die sich sozialen, kulturellen und integrativen

Aktivitäten widmet, ein. MSO ist eine wesentliche Voraussetzung für Dialog und Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichen, administrativen und politischen Akteuren und Migrationsbevölkerung.

Sport: Sport bietet ein geeignetes Forum für die Integration und eine interkulturelle Öffnung und Begegnung. Unsere Integrationspolitik setzt sich dafür ein, dass sich Sportvereine und sportliche Verbände grundsätzlich multiethnisch entwickeln. Wir fördern die besondere Unterstützung der Sportvereine,

deren Aktivitäten integrationsfördernde Maßnahmen und Aktivitäten zugrunde liegen. Der entscheidende Weg zur Fortentwicklung des städtischen Integrationsprozesses im Sportbereich ist die interkulturelle Öffnung der Vereine und Verbände. Zudem ist es wichtig und erstrebenswert, die Städtepartnerschaften dafür besser zu nutzen.

Bildung und Ausbildung: Vorschläge des Integrationsrates, durch geeignete Maßnahmen, Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen zu senken,

sollen schnellstmöglich über die zuständigen Gremien der Duisburger Arbeitsverwaltung übernommen werden.

Sprachkompetenz: Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine Schlüsselfrage für gelungene Integration und Chancengleichheit. Für den Lernerfolg und zur Förderung von Mehrsprachigkeit bei Kindern und Jugendlichen kann herkunftssprachlicher Unterricht sinnvoll sein. Dieser soll als zusätzliches Angebot – beispielsweise als AG – angeboten werden. Des Weiteren soll optional die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache angeboten werden.

Der Hausmeister

■ In alten Filmen ist er der »Pedell«, trägt einen grauen Kittel, rennt scheinbar völlig überflüssig in der Gegend herum und ist oft betrunken. Im Gegensatz zu den »Paukern« hat er Verständnis für Schüler und deren Streiche, buckelt aber eifrig, wenn der »Direx« um die Ecke kommt.

Heutzutage ist der Hausmeister in vielen Kommunen das kommunalpolitische Sparschwein bzw. wird offen oder verdeckt in diese Rolle gedrängt.

Die Gemeinde Langenberg hat stolz als Erfolg vermeldet, dass sie mit ihrem Haushalt aus den Miesen gekommen ist, weil sie u.a. geregelt hat, dass ein Hausmeister mehrere Schulen betreut. Das geht gut, sagen sie, und spart enorme Personalkosten. Da wird wahrscheinlich noch in den Kategorien der schon erwähnten Klamottenfilme gedacht. Die Realität sieht anders aus:

Schule ist nicht mehr wie zur Zeit von Theo Lingen, und es sitzen auch nicht mehr 30 Kinder in einem Raum und vorne steht ein Lehrer an der Tafel mit einem Stück Kreide in der Hand und in der Pause gibt es Milch oder Kakao.

Kreide kommt noch vor, aber alle Schulen haben eine Fülle von technisch aufwändigen Alternativen, die angeliefert, aufgebaut, ange-

schlossen, gewartet werden müssen. Wenn sie defekt sind, muss ein Service benachrichtigt werden, die Geräte müssen verwahrt, ausgehängt und anschließend wieder zurückgenommen werden.

Heizungen, Verdunklungen, Einrichtungen in Lehrküchen und Labors, Kreissägen, Brennöfen müssen gewartet werden. Heizpläne sind so gut wie alle Pläne. Manchmal ist das Wetter anders als der Plan. Da ist es unbezahlbar, wenn eine Heizung auch mal »händisch« angefahren werden kann. Sonst muss der Unterricht ausfallen. Oder bestehen Eltern darauf, dass ihre Kinder von 8 bis 15 Uhr in Räumen unterrichtet bzw. beschäftigt werden, die sich im Laufe des Tages von 14 Grad auf 16 Grad erwärmen? Und selbst wenn, da gibt es dann noch den Arbeitsschutz für Lehrkräfte, der dies verbietet.

Mobiliar in Schulräumen wird unterschiedlich genutzt und muss umgeräumt werden. In Grundschulen könne die Kinder das noch nicht. Da tragen die Lehrkräfte Schreibische und Regale von einem Raum zum andern und von einer Etage zur andern, weil sie nicht wissen, dass der Hausmeister Möbelpacker bestellen kann, wenn der Zeitpunkt früh genug bekannt ist.



Thomas Max Müller / pixello.de

Schule ist heute eine offene Einrichtung, im wahren Sinne, es kommen im Laufe des Tages: Eltern, Ehemalige, Nachbarn, die sich beschweren wollen, Schülerinnen und Schüler, die anderswo die Schule schwänzen und hier mal gucken wollen, Vertreter von Lehrmittelverlagen, von Busunternehmen und von Caterern, externe Prüflinge, Prüfungskommissionen. Aber auch solche, die zur Toilette gehen wollen, und schließlich Leute, deren Ziele unklar sind und die niemand, niemand unkontrolliert im Schulgebäude oder gar im Klassenraum seiner Kinder sehen möchte. Und da bedarf es einer Person, die präsent ist, die nicht durch Unterricht gebunden ist, die weiß, wer sich berechtigt dort aufhält und wer eben nicht. Ein Hausmeister fragt einen Fremden, was er möchte. Er kann weiterhelfen, wenn es notwendig ist. Er wird einen Fremden wegschicken und im Auge behalten, ob der auch wirklich geht. Im Falle eines Amoks stellt sich immer die Frage: »Wie konnte der dahin kommen?« Die Alternative ist, die Schulen

während der Unterrichtszeit von innen abzuschließen. Das möchte auch niemand. Die Vorstellung lässt einen schauern, wie sich im Brandfall die Person mit dem Schlüssel durch ein Gedränge von 200 kreischenden Kindern an die Tür kämpfen muss. Und doch weiß ich von Schulen, die von innen abschließen, denen das offene Schulhaus ohne Anwe-

senheit eines Hausmeisters zu gefährlich ist.

Es geht also nicht ohne Hausmeister. Ganztagsbetrieb und inklusive Schule mit allem, was daran hängen mag, machen im Gegenteil mehr Hausmeister bzw. eine Erweiterung der Arbeitszeiten notwendig. Und da Hausmeister wie alle Arbeitnehmer vor unkontrollierter Ausdehnung ihrer Arbeitszeit geschützt sind, müssen es also mehr werden. Sie sind im besten Fall integraler Teil eines Systems und leisten einen einzigartigen, unverzichtbaren Beitrag zu einer guten Schule.

Eine Schule – ein Hausmeister

DIE LINKE teilt die Forderung der GEW

von Barbara Laakmann

■ Immer wieder hat DIE LINKE Duisburg sowohl im städtischen Schulausschuss als auch im IMD (Betriebsausschuss für das Immobilien Management Duisburg) eingefordert, dass ein Hausmeister an jeder Schule dringend erforderlich ist. Und immer wieder heißt es lapidar: Kein Geld da. Viele Schulleiterinnen und Schulleiter – insbesondere von Haupt- und Grundschulen – sind in Sorge um die Sicherheit der ihnen anvertrauten Kinder. Bereits im Juni 2011 wurden dem Schulausschuss bei einer Protestkarten-Aktion von GEW und ver.di 10.000 Unterschriften für die Forderung nach mehr Hausmeistern übergeben. DIE LINKE Duisburg wird alles dafür tun, dass die Forderung »Ein Hausmeister an jede Schule« endlich konsequent umgesetzt wird. Auch bei den kommenden Haushaltsberatungen wird DIE LINKE nicht zulassen, dass auf Kosten der Sicherheit unserer Kinder weitere Haushaltsmittel gekürzt werden.

Radfahren in Duisburg

Dafür lohnt es sich abzu trampeln



von Herbert Fürmann
Für DIE LINKE Mitglied im Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr

■ Die Situation für Radfahrer hat sich in Duisburg in den letzten Jahren ständig verbessert, aber optimal ist anders.

Mittlerweile ist Duisburg zwar in der »Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte«, aber um sich wirklich als fahrradfreundlich zu präsentieren, muss noch eine Menge verbessert werden. Bei Neu- und Ausbauten entstehen fast immer qualitativ hochwertige Radverkehrsanlagen, jedoch gibt es noch einen erheblichen Bestand an alten und schlechten Radwegen auf dem Gehweg. Bei Neuplanungen werden heute in der Regel die viel sichereren Streifen auf der Fahrbahn angelegt. Als sehr positiv wird von den Radlern empfunden, dass die Innensstadtdurchquerung auf ausgebauten



flickr/hszsmi

Radfahrstreifen parallel zur Königsstraße von der Mülheimer Straße bis zum Rathaus problemlos möglich ist. Richtung Süden wird es in Zukunft eine interessante Strecke geben, wenn die geplante »Duisburger Freiheit« für Radler befahrbar wird. Geplant ist, dass dort zwei Brücken (über Koloniestraße und A 59) und ein neuer Tunnel in

der Südspitze für Durchlass Richtung Sportpark sorgen wird.

Äußerst negativ bewerten viele Radfahrer dagegen, dass fast im gesamten Stadtgebiet zu wenig sichere Abstellanlagen für Fahrräder existieren, dies gilt zum Beispiel für das Forum oder auch die Königsgalerie. Auch an der neuen Stadtbücherei und VHS (Stadt-

fenster) ist dies zu befürchten. Überall warnen Schilder: »Fahrrad abstellen verboten«, aber Hinweise für sichere Fahrrad-Abstellplätze sucht man jedoch vergebens. Die Forderung des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), dass Räder in den Tiefgaragen mit abgestellt werden sollten, wo sie bewacht und trocken sind, ist daher sehr zu unterstützen.

Impressum

Herausgeberin
DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Keuer, Mitglied des Fraktionsvorstandes (Anschrift wie Herausgeberin)

Auflage
20.000

Satz
Mediendepot Ruhr, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin